

Eckpunkte für Europawahl 2014

Die MIT Sachsen sieht Die europäische Einigung als die größte politische Erfolgsgeschichte unseres Kontinents an. Auf dieser Grundlage gilt es im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in Europa die Europäische Union weiterzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

Euro-Stabilität

- **Einführung einer Insolvenzordnung für EU-Mitgliedsländer**

Kein Mitgliedsstaat sollte sich bei Zahlungsunfähigkeit auf andere Mitgliedsstaaten verlassen dürfen. Vielmehr muss das Risiko einer staatlichen Insolvenz der Politik aber auch Investoren von vorneherein klar sein.

- **Unabhängige EZB/ Einstellung des Ankaufs von Staatsanleihen durch EZB**

Die EZB sollte der Geldwertstabilität verpflichtet sein. De-facto unbegrenzte Staatsanleihenkäufe und eine Zentralbankfinanzierung der Rettungsschirme gefährden die Unabhängigkeit der EZB von fiskalischen Interessen der Mitgliedsstaaten und unterhöhlen damit das Vertrauen in die Stabilität unserer Währung.

- **Neugestaltung der Stimmgewichte im EZB-Rat**

Wir brauchen eine Bindung der EZB-Stimmgewichte an die jeweiligen nationalen Haftungsanteile. Die bisherige Situation gewährleistet nicht, dass Risiko und Haftung kongruent laufen.

- **Keine Europäische Bankenunion**

Die Diskussion um eine Europäische Bankenunion macht nur Sinn, wenn von der geltenden Rechtslage, wonach die Mitgliedsstaaten für ihre Banken haften, abgewichen würde. Das liefe sehr schnell auf eine Haftungsunion hinaus, wonach letztlich die solventen Staaten für die insolventen Banken anderer Staaten haften würden. Das würde die deutsche Leistungsfähigkeit überfordern und würde fatale Signale an die Finanzmärkte senden.

Subsidiarität

- **Für den Erhalt des Meisterbriefs**

Der Meisterbrief steht für Qualität im Handwerk, für hochwertige und attraktive Arbeitsplätze und für die geringste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa (Beate Merck). Brüsseler Detailregelungen und Reglementierungen, die den Meisterbrief gefährden sind daher unverständlich.

- **Gütesiegel „Made in Germany“ schützen**

Die Herleitung der Herkunftskennzeichnung für Produkte über den EU-Zollkodex (Art. 7 KOM (2013) 78) würde das Gütesiegel „Made in Germany“ verwässern. Sollte, wie von der Kommission gewollt auf jedem Produkt nur noch das zollrechtliche Ursprungsland genannt werden dürfen, könnten die Vorprodukte bei in Deutschland fertig gestellten Produkten den Ausschlag dafür geben, dass das Gütesiegel „Made in Germany“ nicht mehr verwendet werden dürfte.

- **Keine erzwungene Akademisierung von Berufsbildern (Beispiel Pflege)**

Die Bemühungen der deutschen Vertreter im EP sind anzuerkennen, die zunächst verhindert haben, dass für Pflegeberufe EU-weit ein Abitur Voraussetzung ist. Die in vielen Ländern andere Ausbildungskultur darf auch künftig nicht zum Vorwand genommen werden, die herausragende Qualität der dualen Ausbildung in Deutschland zu gefährden.

Bürokratievermeidung/ -abbau

- **Reduzierung von Berichtspflichten, Auflagen und Anforderungen an KMUs**

Die vielfältigen Normen und Regelungen in der Europäischen Union belasten zu einem großen Teil die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Europa, da diese nicht über die Verwaltungsressourcen großer Konzerne verfügen können. Im Interesse unseres Mittelstandes und damit auch der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft brauchen wir eine „Bürokratiebremse“. Zum Einen ist der Weg eines unabhängigen (muss durch Weisungsunabhängigkeit sichergestellt werden) Normenkontrollrates nach sächsischem Muster zu beschreiten. Zum Anderen gilt es nun, die schon bestehenden Regelungen und Vorgaben systematisch zu durchforsten und auf ihre Erforderlichkeit hin zu überprüfen. Ziel der Überprüfung sollte sein, 25 % der Europäischen Regulierungen abzuschaffen.

- **Bei Datenschutzreform Interessen des Mittelstands beachten**

Die berechtigten Forderungen nach einem funktionierenden Datenschutz dürfen nicht dazu führen, dass die Europäische Datenschutzrichtlinie den Mittelstand überfordert. Für sämtliche Vorgaben sind in allen Mitgliedssprachen übersetzte Formulare bereitzustellen, bei deren Beachtung die Rechtskonformität fingiert wird.

- **Europäischen Corporate Governance-Rahmen nicht überfrachten**

Corporate Governance stellt sich bei KMUs völlig anders dar, als bei großen Konzernen. Es muss sichergestellt sein, dass die europäischen Vorgaben in diesem Bereich keine Anwendung finden.

- **Corporate Social Responsibility' muss freiwillig bleiben**

Wir lehnen den Vorschlag der EU-Kommission ab, ‚Corporate Social Responsibility‘ auch bei KMU verbindlich festzuschreiben.